

Fortsetzung der Diskussion zu „Trump sagt den Ukraine-Krieg ab“ (GS 2-25)

— In dem Punkt II.3 des Artikels geht es um die Eskalation Europas gegenüber Russland, dazu gehört u.a. der Plan für eine europäische „Rückversicherungstruppe“ (S. 38) in der Ukraine. Obwohl Europa weiterhin nicht als direkte Kriegspartei auftreten will, plant es, 20.000 bis 30.000 eigene Soldaten in der Ukraine zu stationieren.

Es geht dabei darum, dass und wie die Europäer vor dem Hintergrund der von Trump angesagten Waffenstillstands- bzw. Friedensvereinbarungen ihre Konfrontation mit Russland aufrechterhalten wollen. Diese Vereinbarungen sollen in einem mehrstufigen Abschreckungsszenario abgesichert werden. Damit würden erstmals ausländische Truppen, eventuell NATO-Truppen, direkt in der Ukraine aktiv. Außerdem sollen die ukrainischen Streitkräfte gestärkt und als abschreckende Streitmacht kampffähiger als bisher aufgestellt werden. Die europäische „Friedenstruppe“ soll dazu dienen, die Ukraine auch nach dem Krieg zum europäischer Vorposten zu machen. Explizit das wollte Russland mit diesem Krieg verhindern.

Ein Frieden oder Waffenstillstand wird also keineswegs die Auseinandersetzung der Europäer mit Russland beenden. Deshalb soll Russland auch in Zukunft durch die „Rückversicherungstruppe“ von militärischen Auseinandersetzungen abgeschreckt werden. Was nimmt sich Europa längerfristig und über den aktuell geführten Krieg hinaus vor?

— Laut Merz steht Europa vor der Herausforderung, sich aus eigener Kraft verteidigen zu können. Dafür werden die Verteidigungsausgaben auf 5% des BIP gesteigert und es soll der Aufbau einer europäischen Rüstungsindustrie samt deren engerer Kooperation verstärkt in Angriff genommen werden. Das geht weit über den aktuellen Ukraine-Krieg hinaus.

Worin besteht der Gegensatz Europas zu Russland, der auch im Falle eines Waffenstillstands oder von Friedensverhandlungen fortbesteht?

— Europa beansprucht, seine Macht auf das gesamte Osteuropa und alle Anrainerstaaten Russlands auszudehnen. So steht europäisches Sicherheitsbedürfnis gegen russisches. Die Aufrüstung der europäischen Staaten ist zwingend notwendig, um Russland glaubwürdig mit Krieg drohen zu können.

— Die Europäer wollen Russland von Georgien bis Afrika Paroli bieten, ein anspruchsvolles imperialistisches Programm. Der Machtanspruch der Europäer schließt ein, dass sie sich mit einer friedlichen Koexistenz mit der russischen Macht nicht zufriedengeben wollen (S. 39). Man erkennt daran den Willen zur Aufrüstung und dazu, sich Russland den eigenen Maßstäben gemäß zurechtzurücken.

— Die große Herausforderung dabei ist, dass Russland eine Atommacht ist. Deshalb brauchen die Europäer für eine glaubwürdige Abschreckung die USA. Der imperialistische Anspruch ist, dass Europa als Weltordnungsmacht auftritt. Die Amerikaner sind dafür kein verlässlicher Partner mehr. Um dennoch ein glaubwürdiges Gewaltsubjekt zu sein, muss es in Europa mindestens eine massive konventionelle Aufrüstung geben.

— Laut dem im Artikel zitierten europäischen Weißbuch liegt die fundamentale Bedrohung der Sicherheit Europas durch Russland darin, dass es Einflusssphären auf dem Balkan, in Georgien, Moldawien, Armenien und in der Ukraine beansprucht. Russland soll sich demnach auf seine eigenen Grenzen beschränken. Das ist der prinzipielle und auch freche Anspruch Europas: Russland soll das Heranrücken der NATO an seine Grenze akzeptieren und darf keine eigenen Sicherheitsbedürfnisse dagegen geltend machen.

Europa und Russland ringen um die Zu- und Unterordnung der genannten Länder. So steht Russland der europäischen Ordnungsmacht entgegen. Das ist die existentielle Herausforderung für die EU. Die Ideologie dazu lautet: Bei Russland ist das ein unzulässiger Übergriff, bei der EU dagegen eine Verteidigung der Friedensordnung. Der Sache nach will die EU von Russland die Anerkennung ihrer ausgreifenden Ansprüche. Das sollen die eigenen Machtmittel ermöglichen, dazu braucht es die angestrebte konventionelle Aufrüstung. Soweit geht der europäische Imperialismus, der eben keine bloße Reaktion auf die Politikänderung Trumps ist und im Ausgangspunkt auch von der Atomfrage zu trennen ist. Die stellt sich dann allerdings zwangsläufig.

Der europäische Imperialismus gebietet also unabhängig davon, ob sich die Atommacht USA für die Niederringung und Unterordnung Russlands durch den europäischen Imperialismus hergeben, den Aufwuchs Europas zu einer großen Militärmacht. Das ist ersichtlich am Beschluss, dass der Ukraine-Krieg weitergehen muss.

— Der Ausgangspunkt für den Stellvertreterkrieg war ein gemeinsamer von EU und USA. Jetzt sieht Trump keine Notwendigkeit mehr, Russland um jeden Preis zu entmachten, die Europäer halten aber unverändert daran fest. Das bringt sie eine „prekäre“ Lage und führt zu ihrer zweiten Zeitenwende: Sie nehmen die Aufrüstung zu einer konventionellen Weltmacht in Angriff. So ist das doch die Reaktion auf Trumps Absage?

— Nicht, weil Trump die Politik der USA grundlegend ändert, sondern, weil Europa den imperialistischen Anspruch verfolgt, selbst Weltordnungsmacht zu sein, und dazu Russland selbst glaubwürdig abschrecken können will, rüstet es auf. Die USA haben das mit ihrem Politikwechsel nun dringlicher auf die Agenda gebracht. Die alte Symbiose ist aufgekündigt. Die Europäer wollen auf konventionellem Gebiet die gleiche

60 *Eskalationsdominanz wie die USA erreichen, die bislang im Rahmen der NATO von den Amerikanern gewährleistet war.*

Das neue imperialistische Programm der maßgeblichen Regierungen Europas lautet, auf Augenhöhe mit Mächten wie Russland, China und den USA die entscheidenden Gewaltfragen dieser Welt mitzuent scheiden. Sie wollen nicht mehr nur an der Seite der USA stehen, sondern ein eigenständiges imperialistisches Subjekt sein. Dafür müssen die entsprechenden Potenzen aufgebaut werden. Das verdeutlicht auch der Beschluss im Rahmen der NATO, die Mittel für Verteidigung entsprechend massiv aufzustocken. Sieht man von Ungarn und der Slowakei ab, ist das in Europa, vor allem von den großen europäischen Ländern ausgehend, umstritten.

— *Die Spanier stehen auch dahinter, haben sich aber vorbehalten, nicht so hohe Summen in das Projekt zu stecken, und darauf gedrungen, den NATO-Beschluss nicht so klar als unbedingte Verpflichtung zu formulieren.*

— *Musste dazu nicht im Rahmen der EU die Aufhebung der Schuldenbremse einstimmig beschlossen werden? Wie hat man die Slowakei und Ungarn dazu gekriegt, dass sie da zustimmen, oder ging das ohne deren Zustimmung durch?*

— Laut „Junge Welt“ wurde der Slowakei gedroht, dass sie bei Nichtzustimmung zu der neuen Runde Wirtschaftskrieg den ihr aus den neuen Sanktionen entstehenden Schaden nicht ersetzt bekomme. Ihre Zustimmung wurde quasi erkauft. Da ging es zwar um den Beschluss des 18. Sanktionspakets durch die Mitgliedsländer; das Russland durch die Ausschaltung der Schattenflotte und die Unterbindung der immer noch nach Europa laufenden Erdgaslieferungen schaden soll, aber das Prinzip ist dasselbe.

Genereller: Das Programm zur Aufrüstung hat drei verschiedene Abteilungen: Erstens beschließen die 80 europäischen Staaten als *NATO-Mitglieder* aufzurüsten. Sie erhöhen ihre Militärausbgaben auf 5% des BIP, um sich militärisch zu ertüchtigen. Zweitens beschließen die Europäer als *Nationalstaaten*, im Rahmen ihrer ökonomischen Potenz aufzurüsten und dazu Kooperationen mit anderen EU-Staaten einzugehen. Drittens beschließt die EU als *supranationale Instanz*, aus ihrem Wirtschaftsbündnis mehr zu machen und im EU-Rahmen Maßnahmen und Programme zu entwickeln, die die Staaten in die Lage versetzen, ihre Aufrüstung 85 voranzutreiben. Sie will Programme für die Entwicklung neuer Technologien und Investitionen auflegen, die die Entwicklung neuer Waffensysteme oder die Kreditierung des Aufbaus neuer Rüstungskapazitäten beinhalten. Das sind die drei unterschiedlichen Ebenen, auf denen Europa in seinen verschiedenen Abteilungen als NATO, als Nationalstaaten und als EU insgesamt alle Register zieht, um als Gewaltsubjekt aufzuwachsen.

Das erfordert zum Teil eine sehr kreative Auslegung der europäischen Rechtslage. Eigentlich ist die 90 EU-Kommission für Militärisches explizit nicht zuständig, sie unternimmt aber alles, um die militärische Potenz Europas bei den Einzelstaaten voranzutreiben, auch im Hinblick auf eine europäisch angelegte Finanzierung.

— *Das heißt, dass erpresserischer Druck ausgeübt wird, wenn z.B. Teile des Regionalfonds umgewidmet werden sollen in finanzielle Potenzen für die militärische Ertüchtigung der einzelnen Länder. Denn die einen brauchen die Gelder aus diesen Fonds für ihre Regionen, andere, wie Frankreich, haben es sich zur Priorität gemacht, mit diesen Geldern weiter militärisch aufzuwachsen.*

Die EU unternimmt einiges, um dazu beizutragen, dass die einzelnen Länder, die diese massive Aufrüstung beschlossen haben, auch finanziell dazu in der Lage sind. All diese Programme setzt sie dafür ein, dass die Kooperation der Staaten in Rüstungsfragen, also die EU als (so bisher nicht existentes) kollektives Subjekt, ein Stück vorangebracht wird.

100 Wie kommt da die Ukraine vor, die nach wie vor nicht Mitglied der NATO und der EU ist, aber im Aufwuchsprogramm Europas zu einer großen konventionellen Militärmacht verplant ist?

— *Gemäß der „Stachelschwein-Strategie“ – eine Bezeichnung des Stellvertreterkriegs aus europäischer Sicht – will Europa die Ukraine weiter aufrüsten, um so den Einfluss Russlands zurückzudrängen. Das soll die Ukraine an sich selbst vollziehen.*

105 Dabei findet ein Übergang statt: Die Ukraine wird nicht mehr als eine militärisch nicht potente Nation genommen, die zu ihrer Verteidigung mit Waffen ausstaffiert werden muss. Inzwischen wird sie als eine Macht behandelt, die in der Lage sein muss, sich aus eigener Kraft mit militärischen Mitteln auszustatten. Die europäische Seite will auf ukrainische Anstrengungen in Sachen Waffenentwicklung und -produktion zurückgreifen, diese für sich einplanen können. Diesbezügliche Bemühungen der Ukraine werden von den

110 Europäern unterstützt und befördert. Mittlerweile fahren deutsche Minister in Begleitung von Chefs deutscher Rüstungsunternehmen in die Ukraine, die sich für die vor Ort vorhandene technische Kompetenz in Sachen Bau gemeinsamer Drohnenfabriken begeistern.

Die Ukraine ist also in vielfältiger Hinsicht bereits jetzt perspektivisch in das europäische Aufwuchsprojekt zu einer autonomen Weltmacht eingebaut. Sie ist als ziemlich kompetenter Teil der europäischen Rüstungsindustrie und als Frontstaat Europas gegen Russland verplant. Das alles ist schon praktisch in Angriff genommen.

*

— *Warum wird an dieser Stelle im Artikel angesichts des europäischen Vorhabens, zu einem kollektiven Kriegssubjekt zu werden, nicht schon der Widerspruch Europas thematisiert? Die Aufrüstung aller*

120 Einzelstaaten mit ihren Einzelinteressen ist doch nicht dasselbe wie ein kollektives Gewaltsubjekt, das sich auf Weltmachtniveau in Konflikte einmischen kann.

Es geht zunächst darum, dem aktuellen Geschehen zu entnehmen, dass der *Wille* zu einem kollektiven Kriegssubjekt praktisch in Angriff genommen wird und *Fortschritte* macht. Dieser Wille durchläuft in seiner praktischen Durchführung sicherlich alle bekannten Widersprüche der EU. Wenn einige der mächtigsten Staaten Europas bilaterale strategische Abkommen schließen, ist damit ja noch kein kollektives Subjekt und kein wirklicher Supranationalismus in Militärfragen gegründet.

— *Die neue Staatsräson, die sich Europa gibt* (S. 43), macht Russland zu dem Fall, an dem sich entscheidet, ob und wieweit Europa der Aufstieg in die Liga der imperialistisch bedeutsamen Mächte gelingt. Weil dieser Anspruch, eine weltpolitisch bestimmende Macht zu werden, von Europa so verfolgt wird, dass er in, an und gegen Russland durchzusetzen ist, gibt es die Notwendigkeit, tatsächlich zu einem Kriegssubjekt zu werden. Und das geht nur als Kollektiv.

Die europäischen Staaten, die das vorantreiben, machen das fertige europäische Kollektiv nicht zur Voraussetzung dafür, Russland Paroli bieten zu wollen und auch zu können. Sie setzen die Notwendigkeit einer gemeinsamen Aufrüstung und einer gemeinsamen Außenpolitik in Verteidigungsfragen nicht auf die Tagesordnung – so etwas wird eher in den Diskussionen der Öffentlichkeit als Postulat gefordert – sondern sie vertreten den Standpunkt, dass jeder europäische Staat in der Lage sein will und muss, einen wesentlichen Beitrag zur Bekämpfung Russlands zu liefern und an führender Stelle dabei zu sein. Das sieht man daran, dass jeder dieser Staaten einfach für sich loslegt und die Aufrüstung in Europa insgesamt in verschiedenen Kombinationen und Bündnisstellungen vorangetrieben wird. Dabei kooperieren sie einmal mit dem einen, einmal mit dem anderen, einmal im Rahmen der EU und einmal im Rahmen der NATO. Einmal werden Bataillone an die Ostgrenze verschickt, ein anderes Mal ist der eigene Schutzhelm wichtiger. All das sind praktische Beiträge zu einer Aufrüstung insgesamt in Europa, ganz ohne einen Gedanken an so etwas wie ein Gesamtsubjekt als Bedingung.

Diese neue Staatsräson mit dem Imperativ der Aufrüstung gegen Russland ist auch nicht identisch mit der Forderung nach einem Subjekt, dem sich alle unterordnen. Die europäischen Staaten setzen ihre Aufrüstungsprogramme, jeder für sich, in Kooperation miteinander *und* in Konkurrenz zueinander, auf die Tagesordnung. Die europäischen Staaten sind sich darin einig, dass sie, jeder für sich und alle miteinander, in der Lage sein müssen, Russland militärisch in die Schranken zu weisen. Mit welchen Bündnisstellungen das geht oder nicht, ist genau das, was sie jetzt austesten und vorantreiben. Aber sie „leiden“ nicht darunter, dass es kein einheitliches Subjekt gibt.

— *Im Text heißt es, der alternativlose Anspruch der europäischen Staaten, gegen Russland kriegsfähig zu sein, „nötigt sie zu dem Übergang, als Kollektiv zu einem respektablen Kriegssubjekt zu werden“* (S. 43). Natürlich sind sie damit noch kein Subjekt und ihr Widerspruch ist nicht aufgelöst, die Nötigung zu diesem Übergang ist in ihrem Programm gegen Russland aber enthalten.

Vorangetrieben wird das Programm, als EU-Kollektiv ein solches respektables Kriegssubjekt zu werden, gerade als Konkurrenz um die Führung Europas. Die Frage, warum an dieser Stelle des Artikels nicht schon der Widerspruch Europas behandelt wird, impliziert, dass der Widerspruch Europas für dieses Aufrüstungsprogramm doch hinderlich sei, weshalb an dieser Stelle darüber gesprochen werden müsste. So wird das in der Öffentlichkeit ja auch ständig ventiliert. Der Artikel macht aber gerade klar, dass das europäische Aufrüstungsprogramm, das Bemühen, Europa zu einem kollektiven Gewaltsubjekt zu machen, ganz gut auch so vorankommt – indem die führenden Mächte sich aufrüsten und darum konkurrieren, wer was zu sagen hat und leistet. Das europäische Voranschreiten der Militarisierung „leidet“ nicht unter einem „fehlenden“ Kollektivsubjekt. Selbst die Frage der Atomwaffen löst sich nicht einfach in den alten europäischen Widerspruch auf.

*

— *Punkt II 3. charakterisiert lauter Fortschritte im Aufwuchs Europas zu einer großen Militärmacht. Im Punkt II 4. geht es darum, dass die Reichweite des Vorhabens der Europäer die Frage nach einer europäischen Atombewaffnung aufwirft.*

Die neue Staatsräson der Europäer verlangt zwingend einen strategischen Atomschirm, denn die Europäer müssen bei ihrem Vorhaben, Russland konventionell zu besiegen, mit der Atombewaffnung Russlands kalkulieren. Das Projekt steht unter dem Vorbehalt, dass Russland einen potenziellen Sieg mit konventionellen Waffen mit dem Einsatz seiner Atombomben zunichte machen kann. In dieser Lage bietet Macron den europäischen Partnern das französische Atomwaffenarsenal als Schutzhelm an. Das Angebot hat allerdings zwei Haken.

— *Erstens beansprucht Macron die ungeteilte nationale Hoheit über die französischen Atomwaffen und die alleinige Entscheidungsbefugnis, wann und wie diese Waffe im Notfall zum Einsatz kommt. Damit steht die Existenz aller europäischen Nationen auf dem Spiel. Kein Souverän will diese letzte Entscheidung an einen anderen abtreten. Deshalb ist der Streit darüber, wer dabei das Sagen hat, vorprogrammiert. In der NATO funktionierte dieser Widerspruch jahrzehntelang nur auf Basis der historischen Sonderbedingung einer weltkriegsmäßigen Konfrontation zwischen den USA und der Sowjetunion (SU). Die europäischen Staaten*

wurden als Teil der Allianz unter der Führung der USA miteinbezogen und konnten nur so diesen Konflikt zu ihrer Sache machen. Dieser Grund liegt bei der Frage eines französischen atomaren Schutzzschirms nicht vor. Der zweite Haken besteht darin, dass Frankreich zwar über Atomwaffen verfügt, die in Russland Schaden anrichten können, aber nicht über ein strategisches Arsenal für jede Eskalationsstufe, mit dem man den Krieg gegenüber dem Gegner kalkulierbar machen kann. Dafür taugen die französischen Atomwaffen nicht.

— Den Streit um die Entscheidungskompetenz beim Einsatz von Atomwaffen kann man also nicht einfach unter den generellen europäischen Widerspruch subsumieren, dass die Staaten Souveränitätsrechte abgeben, um vom Machtzuwachs des Kollektivs zu profitieren. Der Befehlshaber über die atomare Bewaffnung entscheidet immerhin über die Existenz der unter dem Schutzzschirm stehenden Nationen. Kein Staat ist dazu bereit, sein Überleben einem fremden Souverän zu überantworten. Weil im Falle eines Atomkriegs der Untergang der Souveränität der Aussicht auf Machtzuwachs gegenübersteht, ist dies ein Unding, auch wenn es den benannten singulären Fall schon seit Jahrzehnten innerhalb der NATO gibt.

Im bisherigen EU-Projekt kalkulieren die Nationen, wenn sie auf bestimmte Souveränitätsrechte verzichten, die in den Zuständigkeitsbereich der EU verlagert werden, mit einem materiellen Zuwachs an nationaler Souveränität. Man verspricht sich z.B. von den Erfolgen, die die EU in Handelsfragen erreicht, einen größeren ökonomischen Nutzen als den, den man allein hätte durchsetzen können. Insofern ist Souveränitätsgewinn durch Abgabe souveräner Rechte in bestimmten Bereichen vorstellbar. Im Unterschied dazu beinhaltet die Befehlsgewalt in einem Atomkrieg die Entscheidungsgewalt über die materielle Existenz von Staaten. Wenn ein Staat die Entscheidungsbefugnis über die eigene Vernichtung an einen anderen abtritt, legt er seine gesamte Souveränität in fremde Hände. Ein Souveränitätsgewinn ist nicht kalkulierbar, wenn andere Staaten über Sein oder Nichtsein entscheiden.

Wenn europäische Staaten Hoheitsrechte an die EU abgeben, übertragen sie spezielle Bereiche der Souveränität, wobei die nationale Hoheit erhalten bleibt. Im Falle der Entscheidung über einen Atomkrieg ist die gesamte Hoheit einschließlich ihrer Existenz betroffen.

— Europa betreibt eine gemeinsame europäische Außen- und Sicherheitspolitik mit dem Ziel, eine respektable Weltmacht zu werden. Gleichzeitig zeigt sich, „dass das staatliche Gewaltmonopol nach außen sich nicht mehr gut als eines von mehreren politischen Betätigungsfeldern von der nationalen Hoheit selbst unterscheiden und allenfalls mit der Inszenierung des Projekts einer Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) vergemeinschaften lässt“ (S.44).

In der Außenpolitik geht es um das Verhältnis zu anderen Gewaltmonopolisten, also darum, wie weit sich ein Staat gegenüber seinesgleichen in allen möglichen Bereichen, wie Handel, Finanzen und Geldpolitik usw., behaupten kann. Deshalb stellt sich bei einer gemeinsamen Außenpolitik immer die Frage, inwieweit diese Sache teilbar oder gemeinschaftlich zu bewältigen ist. In der Frage von Krieg und Frieden geht es jedoch darum, wie sich ein Staat militärisch gegen andere Gewaltmonopolisten durchsetzen kann, da geht es bereits um existenzielle Fragen der Nation und eben nicht um „eines von mehreren Betätigungsfeldern“. Die Kalkulation mit einem Atomkrieg schließlich wirft die Frage auf, ob der Einsatz von Atomwaffen überhaupt ein Beitrag zur Sicherung des Gewaltmonopols sein kann oder einer zu seiner Zerstörung ist. Die zwischen den Weltmächten jahrzehntelang praktizierte Atomkriegsplanung beinhaltete schließlich für beide Seiten nichts weniger als das Risiko der totalen Vernichtung. Diese Existenzfrage will kein Staat einem anderen Gewaltmonopolisten überlassen. Dennoch gibt es dafür ein historisches Beispiel. Warum und inwiefern gab es diesen Fall?

— Die politischen Verhältnisse nach dem Zweiten Weltkrieg waren dadurch gekennzeichnet, dass die europäischen Staaten ihrer Feindschaft gegen die SU als dem Systemfeind nicht gewachsen waren. Sie waren nicht in der Lage, diesen Gegner mit eigenen Machtmitteln zu bedrohen. Unter der Sonderbedingung einer weltkriegsmäßigen Konfrontation zwischen der Atommacht USA und der SU wurden die europäischen Nationen in das Kriegsszenario eingebaut. Nur so, als von Amerikas Waffen abhängige Verbündete, konnten sie diese Konfrontation aushalten und zu ihrer Sache machen. Für Deutschland bedeutete die nukleare Teilhabe die Erlaubnis und die Fähigkeit, mit eigenen Flugzeugen Atombomben in die SU zu transportieren. Diese besondere Situation brachte ausgerechnet in der Atomfrage eine Gemeinsamkeit zwischen Gewaltmonopolisten zustande.

— Und die war an die Beistandspflicht in der NATO gekoppelt. Auf diese Rückversicherung haben die Europäer gesetzt. Gleichzeitig gab es den Zweifel, ob man sich im Ernstfall auf die USA verlassen kann, ob die sich dann tatsächlich für die Unterstützung der Bündnispartner entscheiden würden. Auf der anderen Seite hatten auch die Amerikaner von Anfang an Bedenken, ob die europäischen Partner wirklich verlässlich zu Amerika stehen, und umgekehrt, ob sie strategisch überhaupt so wichtig sind, dass Amerika ihretwegen das Risiko eines Atomkriegs eingehen soll. Zu dem Beistandsversprechen (Artikel 5) innerhalb der NATO gehörte notwendig dieses Misstrauen auf beiden Seiten.

— Die USA haben gegen die Atommacht SU eine Kriegsallianz geschmiedet, in die sie ihre europäischen Partner, speziell Deutschland, eingebaut haben. Unter dem amerikanischen Atomschirm versuchten die führenden europäischen Staaten, allen voran Deutschland, sich als wichtiger und zuverlässiger Bündnispartner bei der Kriegsplanung in Szene zu setzen. Beispiele sind die Vorwärtsverteidigung, die Diskussion um die Aufrüstung mit Mittelstreckenraketen und die Aufstellung der Pershings in Mitteleuropa. So

konnten sie auf ihrem Territorium als integraler Bestandteil der amerikanischen Atomkriegsplanung die Bedrohung der SU sowohl glaubhaft als auch zu ihrer Sache machen.

*

245 — Die Ausführungen zu der Existenzfrage, die sich mit der Unterordnung unter einen fremden Atomschirm stellt, habe ich so verstanden, dass ein Staat, der sich unter den Atomschirm einer fremden Macht begibt, daraus keinen Souveränitätszuwachs ziehen kann. Das leuchtet nicht ein: Wenn die westlichen Demokratien und speziell Deutschland ihre Feindschaft zur SU nur als NATO-Mitglieder unter dem Atomschirm der USA aushalten konnten, erhielten sie doch einen Zuwachs an Abschreckungsmacht und an Souveränität.

250 Das eine ist die geteilte Feindschaft gegen die SU, das andere ist, dass man diese Feindschaft auch aushalten können muss. Die atomaren Potenzen der USA waren der Grund für die Unterordnung. Die europäischen Mächte, die nicht über entsprechende Atomwaffen verfügten, konnten ihre Feindschaft nur unter dem atomaren Schutzschild der USA vorantreiben und ins Werk setzen. Deshalb haben sie sich untergeordnet und ihre Existenz in einer militärischen Auseinandersetzung tatsächlich davon abhängig gemacht, dass ihnen die USA 255 diesen atomaren Schutzschild gewähren. Als Bestandteil dieser militärischen Allianz waren sie nicht von vornherein aussichtslos auf verlorenem Posten. Sie haben darauf gesetzt, bei einer drohenden atomaren Auseinandersetzung auf der Seite des möglicherweise siegreichen Amerika zu stehen. Die Europäer waren ja nicht gleichberechtigte Partner, sondern eindeutig der Atommacht USA unterstellt.

— Dass man sich unter den atomaren Schutzschild einer anderen Macht stellt, bedeutet aber doch nicht, 260 dass man keinen Zuwachs an Souveränität hat. Die Deutschen hatten sich unter dem Atomschirm der USA einen Vorteil bei ihrer Feindschaftspflege gegen die SU erhofft und diesen auch erhalten. Dass sie sich jetzt erneut, diesmal der Atommacht Frankreich, unterordnen müssten, ist kein Argument gegen einen potenziellen Zuwachs an Souveränität.

265 Die europäischen Staaten erhielten mit ihrer Unterordnung unter den amerikanischen Atomschirm die Perspektive, einen drohenden Atomkrieg als Verbündete Amerikas zu gewinnen. Diese Leistung kann eine Unterordnung unter Frankreich nicht erbringen, weil die militärische Potenz Frankreichs diese Perspektive keineswegs eröffnet. Das ist der entscheidende Unterschied.

— Ich wende mich gegen die Behauptung, dass eine Nation, die sich unter den Schutzschild einer 270 Atommacht stellt, daraus keinen Zuwachs an Souveränität zieht; dass sie zwar Souveränitätsrechte abgibt, dafür aber keinen Souveränitätszuwachs durch die Allianz erfahren soll. Die Europäer haben in der NATO doch Macht und Einfluss gewonnen. Nur so konnten sie sich ihre Feindschaft gegen die SU leisten. Dass die Untauglichkeit des französischen Angebots damit begründet wird, dass Frankreichs atomare Bewaffnung nicht ausreicht, um Russland zu besiegen, ist ein anderes Argument. Dieser Makel kann dadurch entkräftet werden, dass man ihn beseitigt durch entsprechende atomare Aufrüstung.

275 — Voraussetzung für die nationalen Vorteilsberechnungen damals war die Subsumption der ganzen Welt unter die amerikanische Definition des Systemgegensatzes zur SU. Alle Staaten mussten sich sortieren. Wer sich nicht ins westliche Lager einordnete, war ein Feind. Diese von den Amerikanern geschaffene Weltkriegskonstellation war die Grundlage für die Einsortierung der Europäer ins westliche Lager und die Basis ihres Staatsmaterialismus, auf der sie eigene Berechnungen bezüglich ihrer Feindschaft anstellen und praktizieren konnten. Die heutige Situation ist damit nicht vergleichbar.

280 Die Aussage „Souveränitätsverzicht für Souveränitätsgewinn“ trifft die Sache nicht. Es geht um die militärische Selbstbehauptung staatlicher Souveränität. Das einem anderen Staat zu überlassen, ist keine Alternative. Der Artikel stellt die Frage, wie es dazu kam, dass die europäischen Staaten sich nach dem Zweiten Weltkrieg in dieser alles entscheidenden Existenzfrage dem amerikanischen „Atomschutzschild“ ohne jede Mitspracherechte oder Einsatzbefugnisse untergeordnet haben: Die USA haben die Europäer unter einer von ihnen definierte und beherrschte Weltkriegskonstellation subsumiert. Eine Überlebensperspektive im Kriegsfall haben die Europäer nur an der Seite der USA und damit in ihrer Unterordnung unter die atomaren Potenzen der USA gesehen.

— Europa braucht, wenn es sich gegen Russland behaupten will, eigene nukleare 290 Abschreckungsfähigkeiten, weil auf die amerikanischen kein Verlass mehr ist. Frankreich bietet seine Atomwaffen dafür an. Das wäre doch durchaus ein Souveränitätsgewinn für Europa: Auf Basis dieses nun prekär gewordenen Atomschutzschildes hat Europa ja seit dem Niedergang der SU seine ausgreifende Politik gemacht. Die Europäer haben außenpolitisch weit über ihre Verhältnisse gelebt und sich ihre europäische Friedensordnung bis an Russlands Grenzen erkämpft. Insofern stimmt doch die Aussage vom 295 Souveränitätsgewinn durch Souveränitätsverzicht. Worauf der Artikel hinweist, ist, dass eine kriegerische atomare Auseinandersetzung die generelle Existenzfrage eines Staates aufwirft, und dass diese Frage einem anderen Souverän zu überantworten, ein Unding ist. Die europäische Atomkriegsdebatte aber sollte man nicht dahingehend übertreiben, dass damit kein Gewinn einherginge. Dass das im Fall der Amis funktioniert hat und auch nach dem Zerfall der SU Fortbestand hatte, liegt nicht nur am Eingebautsein der Europäer in diese 300 Weltkriegslage, sondern auch daran, dass die USA sich eine Eskalationsdominanz geschaffen haben, die im Falle eines Atomkriegs nicht gleich in die Vernichtung des ganzen Globus mündet, sondern in eine Eskalationsspirale, bei der man hofft, dass der Gegner früher aufgibt.

Diese Charakterisierung der Rolle des amerikanischen Atomschirms für Europas weltmachtpolitischen Aufwuchs ist richtig. Trotzdem passt das Bild nicht, dass hier durch Verzicht an Souveränität gewonnen werden kann, weil das doch ganz verschiedene Sachen sind: Der deutsche Souveränitätsgewinn an der Seite Amerikas *relativiert* der Sache nach in keiner Weise den Umstand, dass Deutschland in Atomkriegsfragen seine Souveränität gegenüber den USA *de facto aufgegeben* hat.

Der Grund dafür besteht darin, dass die Europäer es im Kriegsfall mit der SU bzw. Russland mit einem Gegner mit einer übermächtigen Atommacht zu tun haben und sich eine *staatliche Überlebensperspektive* nur an der Seite Amerikas ausrechnen können. Das ist keine Vorteils-Nachteils-Rechnung im oben beschriebenen Sinn.

— *Was unterscheidet den französischen Atomschutzschild vom amerikanischen? Die damalige Weltkriegslage gibt es nicht mehr, auch keinen Systemgegensatz. Trump sagt, Russland ist kein Fall für die Verteidigung von Amerikas Suprematie, wofür er seine Atommacht einzusetzen bereit wäre. Heute wird die Existenzfrage von den Europäern eigenständig aufs Tapet gebracht, weil sie Russland als eine Bedrohung ihrer europäischen Friedensordnung definieren. Ihre imperialistischen Ansprüche bringen sie erneut in die Lage einer möglichen atomaren Auseinandersetzung mit Russland, sodass sie die Notwendigkeit eines europäischen Atomschirms diskutieren. Gleichzeitig kommt aber die Unterordnung unter den französischen Schutzschild für Europa auch nicht in Frage. Ihm fehlt die entscheidende Qualität, nämlich ein Atomkriegsszenario, das nicht gleich in die komplette atomare Vernichtung führt, sondern einen handhabbaren Übergang in den Atomkrieg mit Erst- und Zweit schlagskapazitäten, taktischen Atomwaffen usw. ermöglicht.*

Die Debatten über einen europäischen Atomschutzschild zeugen von dem *Bedarf* der Europäer, dass sie für ihren imperialistischen Aufbruch strategische Atomwaffen benötigen. Und sie zeugen auch davon, dass dieser Bedarf offenbar nicht durch die französischen Atomwaffen zu befriedigen ist.

— *Aber wie im konventionellen Sektor könnten sie doch sagen, dann beschaffen wir uns die Waffen, die uns noch fehlen. Warum spricht gegen die französischen Atomwaffen, dass sie noch zu klein dimensioniert sind?*

Es ging um die Frage, *warum* sich die Europäer nicht so wie gegenüber Amerika einem französischen Schutzschild *unterwerfen* wollen. Die Beschaffung von Atomwaffen ist nicht einfach eine Frage des Nachlegens, in dieser Welt steht das unter dem Vorbehalt der USA, wem sie so was zubilligen oder auch nicht.

— *Die Europäer selber sagen, dass es viele Jahrzehnte braucht, sich die erforderlichen atomaren Kapazitäten zu verschaffen. Das ist mit der konventionellen Aufrüstung nicht vergleichbar. Das französische Angebot wird abgelehnt, weil es sofort die Frage nach der Verfügungsgewalt über diese Waffen in einer für alle Staaten elementaren Frage ihrer Existenzsicherung aufwirft und zweitens die atomaren Potenzen Frankreichs nicht ausreichend sind, um Russland wirksam abschrecken zu können.*

Europa unternimmt derzeit alle Anstrengungen, um Russland auf der konventionellen Ebene besiegen zu können. Aus dieser *Zwecksetzung* folgt, dass es ein Manko in Bezug auf seine atomaren Abschreckungsfähigkeiten konstatiert, weil diese für die Absicherung und Unterstützung dieses Programms unbedingt erforderlich sind. Die Debatte über französische oder britische Atomwaffen zeigt, dass den Europäern derzeit ein atomarer Schutzschild, vergleichbar dem amerikanischen, nicht zur Verfügung steht. Die Schlussfolgerung der EU besteht derzeit darin, alles dafür zu tun, um die USA im Boot zu behalten: Sowohl national als auch im gemeinsamen NATO-Bündnis versuchen sie, die USA auf ihren antirussischen Kurs zu verpflichten. Ob und wie das gelingt und welche weiteren Schlüsse die EU noch zieht, bewegt sich auf der Ebene der Spekulation.

*

Der nächste Jour fixe findet nach der Sommerpause am **8. September 2025** statt. Das Thema wird auf der Website des GegenStandpunkts bekannt gegeben.